

Sperrfrist: Beginn der Rede

Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer

am 23. September 2015

Solidarität und Perspektiven – Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Herren und Damen,

wir stehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen vor einer Herausforderung, die alles Gewohnte übersteigt. Allein in Rheinland-Pfalz sind seit Beginn dieses Jahres fast 22.000 Menschen angekommen. Und es werden täglich mehr. Sie haben einen beschwerlichen Weg auf sich genommen, um Krieg, Gewalt, Not aber auch Perspektivlosigkeit zu entkommen. In Deutschland sind es in diesem Jahr bisher über eine halbe Million.

1.) Wir nehmen die Herausforderung an

Menschen, die diese Bilder im Fernsehen sehen, fragen sich und sie fragen auch mich: Welche Auswirkungen haben diese enormen Flüchtlingszahlen auf unser Land? Was bedeutet das für mich? Wie geht es weiter?

Diese Sorgen und Fragen nehme ich sehr ernst. Ja, die Herausforderung ist enorm; wir erleben gerade den größten Zuzug von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben eine große Aufgabe zu bewältigen. Es ist eine schwierige Aufgabe und es wird auch Enttäuschungen geben und für manches werden wir mehrere Anläufe brauchen. Aber ich bin überzeugt: Wir meistern diese Aufgabe. Wir handeln mit Herz und Verstand. Wir packen, wie die Menschen in unserem Land, mutig an. Niemand ist verzagt. Und wir sehen auch die Chancen für uns und unsere Gesellschaft.

Es ist eine Aufgabe an unsere gesamte Gesellschaft. Aber ich versichere Ihnen, keiner wird weniger haben, weil wir Menschen in Not helfen. Wenn es um Jobs und Ar-

Sperrfrist: Beginn der Rede

beit geht, wenn es um Wohnen und Leben geht, wenn es um Bildung und Soziale Gerechtigkeit geht, verspreche ich Ihnen: Wir unterstützen alle, die es dabei schwerer haben als andere, gezielt und in großer Solidarität.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

Die Bilder, die wir jeden Abend im Fernsehen sehen, sind entsetzlich. Bilder aus Ungarn, Serbien, Griechenland müssen engagierten Europäerinnen und Europäern die Schamesröte ins Gesicht treiben. Besonders hat mich das Bild des ertrunkenen dreijährigen syrischen Jungen berührt. Sein Schicksal ist zum Synonym dafür geworden, dass Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht große Gefahren auf sich nehmen und viele auf ihrem Weg zu uns sterben.

Bei vielen älteren Menschen lassen diese Bilder auch Erinnerungen wach werden. In der Geschichte ist nichts vergleichbar, das ist ganz klar. Aber war es nicht unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg so, dass Millionen kamen, weit mehr Menschen als heute? Sie flohen, weil Deutschland Europa mit Mord, Krieg und Elend überzogen hat. War es nicht so, dass unser damaliges Westdeutschland anfangs fast überfordert war von so vielen Flüchtlingen? War es aber nicht auch so, dass Deutschland diese Herausforderung bewältigt hat.

Unser Land hat Offenheit gelernt. Manchmal mühsam, manchmal hat es gedauert, aber die Solidarität war überwältigend – damals wie heute. Und mal ehrlich: Ist es nicht genau diese über Jahrzehnte erlebte Vielfalt, die uns – gepaart mit Kompetenz, Kreativität, viel Herz und viel Tatkraft - heute auch so stark macht? Sicher, es gibt mehr kulturelle Unterschiede, aber unser Land ist auch viel internationaler als vor 70 Jahren.

Unsere deutsche Geschichte hat sich eingepreßt in unser gemeinsames Gedächtnis. Sie ist so etwas geworden wie kollektive Erfahrung. Wer jetzt trotzdem denkt, damals kamen ja Deutsche oder Deutschstämmige, dem sage ich: Erinnern wir uns an die Lehren, die wir gemeinsam gezogen haben nach der Katastrophe des Faschismus, der Zerstörung und des Kriegs. Wir haben nicht nur Probleme bewältigt, sondern wir haben auch neue Ziele entwickelt. Das „Nie wieder“ hat uns geleitet: Zunächst in kleinen Schritten, später mutiger, schließlich konsequent. Diese Perspektive war und ist – und sie bleibt eine einzige: Europa.

Jetzt und heute ist sicher die menschenwürdige Aufnahme unsere drängendste Herausforderung. Ich denke weiter: Über Sprache lernen, über Anpacken dürfen, über

Sperrfrist: Beginn der Rede

Heimat finden für die, die bleiben dürfen – mitten unter uns Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälerinnen. Diese Menschen dürfen in unserem Land mit unserer Hilfe eine neue Heimat, eine neue Zukunft suchen.

Da draußen sind leider auch Populisten, Rechte, Rattenfänger. Sie schüren Ängste. Deshalb sind wir glasklar: Die Regeln und Gesetze in unserem Land gelten selbstverständlich für alle, und zwar gleichermaßen. Der Innenminister und unsere Ordnungskräfte sind dafür zuständig, das durchzusetzen. Sie haben dabei unsere volle Unterstützung. In meinem Land gilt: null Toleranz gegenüber Hetzern und Brandstiftern, Gewalttätern und Menschenhassern.

Ich danke allen, die in diesen Wochen im Auftrag des Landes, in unseren Behörden und Verwaltungen, so hervorragende, engagierte Arbeit leisten. Die grandiose Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung ist das eine. Aber die Hauptverantwortung und Hauptlast - oft buchstäblich Tag und Nacht - liegt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Aufnahmeeinrichtungen, bei den extrem belasteten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern in den Ämtern, bei den Polizistinnen und Polizisten, und bei den kommunal Verantwortlichen, bei den Bürgermeistern und Landräten. Sie alle arbeiten rund um die Uhr und sie zeigen ein sehr freundliches und hilfsbereites Bild von unserem Land. Im Namen der Landesregierung und des ganzen Landes: Herzlichen Dank. Sie leisten großartige Arbeit!

2. Rheinland-Pfalz organisiert Aufnahme und Versorgung

Sehr geehrte Herren und Damen,

in der Landesregierung arbeiten alle Ressorts eng zusammen und ziehen an einem Strang. Das gilt natürlich in erster Linie für das Integrations- und das Innenministerium, aber alle Ministerien leisten ganze Arbeit, verstärkt durch den „Führungsstab Fluchtaufnahme“, den ich in der ADD eingerichtet habe, um die Flüchtlingsaufnahme zu koordinieren, zu organisieren und zu bündeln.

Wir haben auf den stetig anwachsenden Personalbedarf in den Flüchtlingseinrichtungen mit neuen Stellen im Nachtragshaushalt reagiert. Zudem hat die Staatskanzlei als Sofortmaßnahme die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aller Ressorts angesprochen, ob sie die Arbeit der Aufnahmebehörden vorübergehend verstärken könnten. Über 280 Landesbedienstete haben sich spontan hierfür gemeldet! Ihnen gilt

Sperrfrist: Beginn der Rede

mein Dank! Derzeit befinden sich bereits über 50 von ihnen im Einsatz, andere folgen sukzessive bzw. lösen bereits eingesetzte Kräfte ab.

Ergänzend sollen die Aufnahmeeinrichtungen Unterstützung durch Pensionärinnen und Pensionäre erhalten, die sich freiwillig mit ihren beruflichen Erfahrungen einbringen möchten.

Rheinland-Pfalz hat die Kapazitäten zur Erstaufnahme vervielfacht

Rheinland-Pfalz hat bei der Unterbringung innerhalb kürzester Zeit die Kapazitäten zur Erstaufnahme vervielfacht. 2012 hatten wir 700 Plätze, heute bringen wir bereits deutlich über 8.000 Menschen in der Erstaufnahme unter. Bis zum Jahresende könnten es bis zu 15.000 Menschen sein. Wir haben den Anspruch, dies im Winter ohne Stoffzelte zu schaffen. Wenn die Dynamik so weiter geht, werden wir aber die festen Zelthäuser mit Seitenwänden, Fußboden und Heizung nutzen müssen. Wir schaffen heute teilweise über ein Wochenende so viele Plätze, wie wir bisher insgesamt hatten.

Ich weiß, dass die Verhältnisse in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen derzeit beengt sind. Bei zahlreichen Besuchen dort habe ich mir selbst ein Bild davon gemacht. Diese Enge lässt sich für eine Übergangszeit nicht verhindern. Da unterscheiden wir uns nicht von den anderen Bundesländern. Ich sehe bei den Besuchen aber auch, dass Hauptamtliche wie Ehrenamtliche mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Menschen gut versorgt werden.

Ein Punkt ist mir hier noch wichtig: Es ist kritisiert worden, zu viele Standards verzögerten die Unterbringung unnötig. Richtig ist: Standards sind kein Selbstzweck. Dort, wo sie vermeiden, dass die Gesundheit oder das Leben der Menschen gefährdet werden, wie etwa beim Brandschutz, sind sie unverzichtbar. Die erschreckend hohe Anzahl von Brandanschlägen in Deutschland mahnt uns hier zu besonderer Sorgfalt.

Geht es dagegen um andere Anforderungen, wie zum Beispiel bei der Auftragsvergabe, handeln wir unbürokratisch und haben umgehend die Spielräume für eine beschleunigte Auftragsvergabe erweitert. Morgen bei dem Bund-Länder-Treffen in Berlin werde ich mich für weitere Erleichterungen einsetzen. Wir haben bereits im August hierzu mit Niedersachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die Bundesregierung hat das mittlerweile aufgegriffen.

Sperrfrist: Beginn der Rede

Unser Ziel ist es, die Erstaufnahmekapazitäten so weit auszubauen, dass wir **Flüchtlinge ohne dauerhafte Bleibeperspektive – aktuell sind das vor allem die Asylbewerber vom Westbalkan – vor ihrer Ausreise gar nicht erst auf die Kommunen verteilen** müssen. Davon sind wir nicht nur aufgrund des aktuellen Zustroms zurzeit noch entfernt. Zentral, um es bald zu erreichen, ist vor allem eine deutliche Verfahrensbeschleunigung in Verantwortung des Bundes. Nur wenn wir hier schneller Klarheit haben, können Länder und Kommunen gemeinsam die Herausforderungen bewältigen.

Ein Thema, das in der Öffentlichkeit manchmal zu Unrecht nur am Rande vorkommt, ist die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Um der Flüchtlinge Willen, aber auch zum Schutz der Helfer und Helferinnen und unserer Bevölkerung.

Um die Erstuntersuchung zügig vornehmen zu können, kümmern sich unsere Gesundheitsämter nun dezentral darum. Das hat die Kapazitäten und das Tempo deutlich erhöht. Aufgrund des großen Zustroms in den letzten Wochen gab es zunächst einen Engpass bei den Röntgenuntersuchungen. Auch hier haben wir durch eine gezielte Ausweitung auf mehrere Ämter eine Beschleunigung erreicht. Für die nötigen Erstimpfungen haben wir ein landesweites Programm aufgelegt, inklusive einer zentralen Bestellung der Impfstoffe für die kommunalen Gesundheitsämter.

Was die sonstige medizinische Versorgung der Flüchtlinge angeht, so ist das noch zu bürokratisch. Die Menschen müssen zunächst zum Sozialamt, bevor sie zum Arzt gehen dürfen. Das bindet Kräfte, die wir dringend an anderer Stelle brauchen.

Hier hat der Bund seine Zusage noch nicht ausreichend erfüllt, das bislang bekannte reicht nicht aus. Deswegen handeln wir nun selber. Nach dem Vorbild anderer Länder werden wir auch in Rheinland-Pfalz die Bedingungen dafür schaffen, dass Kommunen Asylsuchenden eine Gesundheitskarte ausgeben können. Eine solche Karte ändert nichts an der Versorgung der Flüchtlinge, da geht es nicht um einen Rundumschutz, sondern nur um das Nötigste. Dabei aber reduziert sie Bürokratie und doppelte Arbeit.

Sperrfrist: Beginn der Rede

3. Rheinland-Pfalz setzt auf Integration

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

momentan steht die gute Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Vordergrund. Aber wir bereiten schon jetzt die nächsten Schritte vor: Die Integration in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt.

Integration wird nur gelingen, wenn alle Beteiligten zusammenwirken. Das sind neben der Politik auch die Gesellschaft und die Wirtschaft. Dazu müssen wir jetzt keine neuen Kooperationen erfinden, wir müssen die Vorhandenen verstärken. In Rheinland-Pfalz gehen wir längst mit gutem Beispiel voran. Nicht erst jetzt, nicht nur wegen der Flüchtlinge: In Rheinland-Pfalz gibt es den „Pakt für Rheinland-Pfalz“!

Vor zwei Tagen, am Montag, hat das jüngste Treffen stattgefunden. Dort haben Landesregierung, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Sozialverbände weitere Zusammenarbeit vereinbart. Der „Pakt für Rheinland-Pfalz“ ist auch ein Signal an die gesamte Gesellschaft. Ich habe die Bundeskanzlerin bereits während der Sommerferien gebeten, einen solchen Pakt, einen nationalen Integrationspakt, auch bundesweit zu etablieren.

Integration durch Sprache

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

der Schlüssel zur Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. **Sprachförderung für Flüchtlingskinder** gibt es in Rheinland-Pfalz bereits in den Kindergärten. Auch in unseren Schulen lernen die Flüchtlingskinder bis zu 20 Stunden pro Woche in auf sie zugeschnittenen Sprachkursen Deutsch und nehmen stundenweise am gemeinsamen Unterricht teil.

In diesem Schuljahr werden insgesamt 235 Deutsch-Intensivkurse angeboten. Dies sind 84 mehr als noch im vergangenen Schuljahr. Unsere Erfahrungen sind ziemlich gut.

Unsere Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich vorbildlich. Sie haben das Herz am rechten Fleck. Als Pädagoginnen und Pädagogen handeln sie mit Kopf, Herz und Verstand.

Sperrfrist: Beginn der Rede

Erwachsene Flüchtlinge erhalten erste Deutschkurse bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zudem stehen ihnen Kurse der Volkshochschulen offen. Für sie muss der Bund aber auch dringend seine Integrationskurse weiter öffnen.

Integration durch Arbeit und Ausbildung

Nach dem Erwerb der Sprache ist die rasche Vermittlung in Ausbildung und Arbeit der nächste Schritt. Arbeit gibt Perspektive und Selbstwertgefühl. So ist es bei den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern und so ist es auch bei den meisten Menschen, die zu uns kommen.

Die Landesregierung hilft schon seit Jahresbeginn Flüchtlingen gezielt bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung. Jetzt werden wir unsere Aktivitäten nochmal erweitern. Unseren Partnern – zum Beispiel in der Wirtschaft – sage ich deutlich: Wir freuen uns, wenn ihr euch für Zuwanderung einsetzt. Danke, das hilft!

Ein falscher Eindruck muss aber vermieden werden: Zuwanderer sind keine billigen Arbeitskräfte und sollen eigene Ausbildungsanstrengungen nicht unnötig machen. Und noch etwas fällt auf: Der Mindestlohn zeigt gerade heute seine ganze positive soziale Dimension. Die Signale aus der Wirtschaft stimmen mich zuversichtlich, dass die berufliche Ausbildungsquote insgesamt wieder steigen wird; um aller Willen und völlig unabhängig davon, wie viele Zuwanderer kommen.

Sehr geehrter Herren und Damen,

meine Landesregierung ist eine Landesregierung der Chancengerechtigkeit. Das gilt für die neuen Nachbarn wie auch für die alten: Wir brauchen Menschen, die bereit sind, die Ärmel hochzukrempeln und unser Land nach vorne zu bringen.

Schon im Frühjahr haben wir als erstes Bundesland mit der Bundesagentur für Arbeit im Frühjahr beschlossen, berufliche Kompetenzen bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erfassen. Dort erhalten Flüchtlinge mit einer hohen Bleibeperspektive Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt.

In anschließenden Einzelberatungen werden ihre Kompetenzen erfasst. Diese Daten werden an die Agentur für Arbeit weitergeleitet, die dann individuelle Beratungsgespräche durchführt. Bisher wurden Projekte in den Aufnahmeeinrichtungen Trier und Ingelheim initiiert. In den ersten drei Monaten wurden insgesamt rund 1.400 Menschen beraten und von 430 Daten aufgenommen.

Sperrfrist: Beginn der Rede

Auch viele weitere Arbeitsmarktprogramme und -projekte wurden zielgerichtet für Flüchtlinge erweitert: Ich nenne nur unsere Aktivitäten beim Beschäftigungspiloten, beim Förderansatz „Fit für den Job“ und Projekte des Flüchtlingsnetzwerks, für die wir gemeinsam mit Handwerkskammern und der Bundesagentur das Programm „Coach für betriebliche Ausbildung“ erweitert haben. Auch unsere Welcome Center, die seit März 2015 bei den Industrie- und Handelskammern angesiedelt sind, stehen Flüchtlingen als Anlaufstelle bei Fragen zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

seit Ende August haben sich die Zuwanderungszahlen deutlich erhöht. Ich habe deswegen für heute Morgen zu einer **Sondersitzung des Ovalen Tisches** eingeladen. Ich bin sehr froh, dass wir in Rheinland-Pfalz mit dem Ovalen Tisch eine Institution haben, in der Landesregierung, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialverbände konstruktiv zusammenarbeiten. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank.

Wir haben uns heute Morgen auf einen umfangreichen Aktionsplan verständigt. Der sieht eine Reihe von ganz konkreten Maßnahmen der einzelnen Partner für die Flüchtlinge vor:

Die Wirtschaftsverbände und Kammern werben bei ihren Mitgliedsbetrieben für Praktika, Einstiegsqualifizierungen und Ausbildungsplätze. Die Handwerkskammern sind bereit, bis zu 400 Praktikums- und Ausbildungsplätze im Handwerk zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung wird ebenfalls bis zu 200 Praktikumsplätze und auch Ausbildungsplätze für junge Flüchtlinge bereitstellen. Die Bundesagentur für Arbeit wird insbesondere die Aufnahme der Einstiegsqualifizierung und des Berufsorientierungspraktikums vereinfachen. IG BCE und Arbeitgeber in der chemischen Industrie wollen das Eingliederungsprogramm „Start in den Beruf“ für junge Flüchtlinge öffnen.

Wir können auf die Vereinbarungen vom Ovalen Tisch besonders stolz sein, weil unsere Maßnahmen ein abgestimmtes Paket sind und ineinandergreifen: Wir wollen künftig für Kinder im Kita-Alter, in der Schule, nach Schulabschluss und vor Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums genauso wie für Erwachsene, die schon eine Berufsausbildung oder Arbeitserfahrung haben, das passende Angebot zur Verfügung stellen. Instrumente wie die individuelle Kompetenzerfassung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, der flächendeckende Einsatz des „Beschäftigungspiloten“, die

Sperrfrist: Beginn der Rede

Förderprogramme „Fit für den Job“, und die „Flüchtlingsnetzwerker“ hatte ich eben schon genannt. Dazu kommen noch Einsteiger-, Sprach- und Integrationskurse. Mit einem 5-Punkte-Programm soll die Aufnahme eines Studiums an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ermöglicht werden. An dieser Stelle möchte ich das Engagement unserer Hochschulen ausdrücklich loben. Auch begleitet und unterstützt die Landesregierung unsere Unternehmen bei der Ausbildung und Integration von Flüchtlingen. Auch wenn es natürlich wichtig ist, die Flüchtlinge selbst auf Ausbildung und Arbeitsaufnahme vorzubereiten, sind es letztlich die Unternehmen, die Flüchtlinge in ihren Betrieb integrieren müssen. Unsere Unternehmen sollen wissen, dass wir an ihrer Seite stehen.

Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung insbesondere für die Öffnung der Integrations- und Sprachkurse einsetzen sowie für ein fünfjähriges Bleiberecht, um Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden, die nötige Planungssicherheit zu geben.

Und ich will auch hier noch einmal klarstellen: Es geht uns immer um **alle** Gruppen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Nicht um aktuelle Sonderregelungen. Mein Eindruck ist, dass unsere Wirtschaft das verstanden hat und jetzt die Unternehmen mit uns gemeinsam eine neue Offensive starten, alle ausbildungswilligen jungen Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Integration durch Wohnen

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

zur Integration müssen die Flüchtlinge unsere Sprache lernen und in unseren Arbeitsmarkt integriert werden. Viele von ihnen werden unsere Nachbarn, Kollegen und auch Freunde werden. Sie werden mit uns zusammen in Rheinland-Pfalz leben und wohnen.

Das macht es auch notwendig, verstärkt die Wohnpolitik ins Auge zu nehmen. Wir haben ohnehin in Deutschland den Trend, dass der Wohnraum in Städten immer teurer wird. Jetzt kommen noch viele Flüchtlinge zu uns, die auch das Recht auf eine gute und bezahlbare Wohnung haben. Deswegen brauchen wir mehr sozialen Wohnungsbau und mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten – für alle Menschen in unserem Land! Ich begrüße, dass die Bundesbauministerin Barbara Hendricks sich für ein

Sperrfrist: Beginn der Rede

Wohnungsbauprogramm des Bundes mit 350.000 Wohnungen in den nächsten Jahren ausgesprochen hat.

Auch die Landesregierung tut viel, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz gut wohnen können. Für die Landesregierung steht das Thema bezahlbarer Wohnraum grundsätzlich auf der Agenda. Nicht erst im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage. In unserem Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz fortsetzen und den aktuellen Erfordernissen anpassen.“ Die aktuellen Erfordernisse habe ich eben umrissen. Mir ist wichtig, auch an dieser Stelle deutlich zu machen, dass das eine Bemühen nicht gegen ein anderes steht. Unser Ziel ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in diesem Land, nicht nur für Flüchtlinge!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

beim Wohnen und der Unterbringung sind unsere Kommunen extrem gefordert. Sie leisten hier ganze Arbeit.

Die Landesregierung hat die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ausgeweitet. Das Finanzministerium hat hierzu ein Kreditprogramm für Investitionen zur Instandsetzung, Modernisierung und Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge entwickelt, das über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) aufgelegt wurde.

Dabei war zunächst ein Kreditvolumen von 20 Mio. EUR vorgesehen, das aufgrund der regen Nachfrage auf 40 Mio. EUR aufgestockt wurde. Zudem wurde ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbegehrende durch Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz aufgelegt, das sich an private Investoren richtet

Ferner stellt der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) geeignete leerstehende Immobilien des Landes, die Kommunen zur Unterbringung nutzen wollen, mietzinsfrei zur Verfügung.

Sperrfrist: Beginn der Rede

4. Rheinland-Pfalz setzt Regeln um und schafft finanzielle Sicherheit

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

die von mir genannten Maßnahmen zur Integration richten sich an die vielen Flüchtlinge, die aus Bürgerkriegsgebieten zu uns kommen und von denen aller Voraussicht nach viele dauerhaft bei uns bleiben werden. Sie alle kennen die Debatte über die anderen, deren Anträge am Ende abgelehnt werden. Bitte lassen Sie uns immer daran denken, dass viele dieser Menschen auch aus blanker Not hier sind. Dennoch – das sage ich hier sehr klar – müssen wir unsere Regeln ernst nehmen.

Wenn jemand kein Recht hat, bei uns zu bleiben, muss der Aufenthalt zügig beendet werden, möglichst freiwillig, ansonsten zwangsweise. Und ich sage da: Zum humanitären Umgang miteinander gehört auch, dass wir die freiwillige Rückkehr soweit es geht in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen die EU-Rückführungsrichtlinie konsequent um, die zwischen freiwilliger Rückführung und Abschiebung unterscheidet. Die freiwillige Rückkehr ist wirksamer, schneller und kostengünstiger als die zwangsweise Rückführung und wird daher von uns gefördert. Das handhaben im Übrigen auch viele Landräte so, zum Beispiel in Trier-Saarburg, Bad-Kreuznach, Rhein-Hunsrück, Altenkirchen oder Cochem-Zell.

Wir als Land betreiben unsere Rückkehrberatung bereits aus der Erstaufnahme heraus, noch bevor das Asylverfahren abgeschlossen wurde. Und weil der Bund mit seinen Verfahren nicht vorankommt, machen wir dies sogar häufig, bevor ein Verfahren überhaupt begonnen wurde. Der Bund hat uns bescheinigt, dass diese Arbeit vom Land „vorbildlich organisiert“ wird. Um die Verfahren endlich zu beschleunigen, haben wir dem BAMF eigenes Personal im Wege der Amtshilfe angeboten. Um es hier auch noch einmal klar zu sagen: **Wir können nur Personen abschieben, deren Asylverfahren dort abgeschlossen ist.**

Die Zahlen geben uns recht: 2.846 Menschen sind in diesem Jahr bis zum 31. August in ihre Heimat zurückgekehrt. 1.944 davon sind gefördert freiwillig ausgereist, weitere 626 Personen ohne Förderung und 276 Personen sind abgeschoben worden. Diese Zahl von über 2.800 Rückkehrern ist die einzig aussagekräftige, nicht wie viele „Abschiebungen“ es gegeben hat. Ich bin übrigens stolz, dass wir das Bundesland mit den meisten freiwilligen Ausreisen unter Berücksichtigung der Aufnahmequote sind.

Sperrfrist: Beginn der Rede

Insgesamt sind allein 2.598 Personen in die Westbalkan-Staaten zurückgekehrt. Trotzdem könnten es mehr sein, wenn das Bundesamt endlich zügig arbeiten würde. Seit das sog. beschleunigte Verfahren für das Herkunftsland Albanien eingeführt wurde, sind durch das Bundesamt in Rheinland-Pfalz nur 272 Bescheide zugestellt worden. Wenn wir bedenken, dass vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in diesem Jahr bis Ende Juli 2015 in Rheinland-Pfalz bislang (nur) 2.364 Asylanträge abgelehnt wurden und 1.372 sonstige Verfahrenserledigungen zu verzeichnen waren, kann sich die Rückkehrquote aus Rheinland-Pfalz mehr als sehen lassen.

Was die **Asylgerichtsverfahren** angeht, so sind sie **in Rheinland-Pfalz die schnellsten und effektivsten im bundesweiten Vergleich**. Und zwar mit der Zielgröße von 14 Tagen. Wenn die Zahlen weiter so dynamisch bleiben, wird der Justizminister weitere Richterstellen schaffen. Was zwischen Bund und Ländern hierzu vereinbart worden ist, das erfüllen wir hier in Rheinland-Pfalz schon längst.

Mit steigenden Asylzahlen steigt natürlich auch die Bedeutung der Rückführung, die eine Kernaufgabe der kommunalen Ausländerbehörden ist. Ich habe daher mit den Kommunen besprochen:

- Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive noch gezielter in den Erstaufnahmeeinrichtungen von der freiwilligen Rückkehr zu überzeugen. Dies werden wir auf alle Standorte mit einer Erstaufnahme ausdehnen. Hierfür zahlt das Land bereits heute 20 Stellen bei den kommunalen Ausländerbehörden.
- die Clearingstelle in Trier, die alle kommunalen Ausländerbehörden bei der Rückführung unterstützt, mit vier Vollzeitstellen zu verstärken.
- die Landesinitiative Rückkehr zur Unterstützung der Kommunen bei der Rückführung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern finanziell auszuweiten. Wir fördern neu eingestellte Sachbearbeiter bei den Ausländerbehörden, die sich mit der Rückkehr und der Ausreiseberatung befassen im Jahr pauschal mit 15.000 Euro pro Vollzeitstelle. Landesweit können insgesamt 65 Stellen gefördert werden.
- Zudem führen wir eine Asylbewerberverbleibsstatistik ein. Diese soll auch Überblick über die Verfahrensstände – auch bei denen, die zurückkehren müssen - und über die eingesetzten Finanzmittel geben.
- Ferner haben wir uns beim Bund dafür eingesetzt, dass in Koblenz bei der Bundespolizei eine Zentralstelle zur Passersatzbeschaffung eingerichtet wird, damit

Sperrfrist: Beginn der Rede

die Kommunen bei der Beschaffung der Ausweisdokumente für eine Rückführung unterstützt werden.

- Sobald der Bund seine Verfahrenszusagen beim Bundesamt einhält, Antragsteller vom Westbalkan auch unmittelbar zu bearbeiten, werden wir Rückführungen auch aus der Erstaufnahme schneller organisieren können.

Wir schaffen aber auch finanzielle Handlungssicherheit für alle, die aktuell mit der Flüchtlingsaufnahme befasst sind. Mit unserem **Nachtragshaushalt, der heute zur Abstimmung ansteht, werden wir die Erstaufnahmekapazitäten des Landes weiteraufbauen und unsere Kommunen auch bei der Flüchtlingsunterbringung unterstützen.** Mit den 195 Mio. Euro des Nachtragsetats werden fünf Maßnahmen finanziert:

1. Wir unterstützen die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme.
2. Wir geben die originären Bundesmittel aus der Flüchtlingsmilliarde eins zu eins an die Kommunen weiter.
3. Wir bauen die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes für Flüchtlinge aus.
4. Wir stocken das Bundesprogramm für kommunale Investitionen um 31,7 Mio. Euro auf.
5. Wir zahlen an die Kommunen 25 Mio. Euro für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

Bei der Unterstützung der Kommunen für die Flüchtlingsaufnahme und beim Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten des Landes werden wir angesichts der angepassten Prognose des Bundes zu steigenden Flüchtlingszahlen mit den veranschlagten zusätzlichen Mitteln nicht hinkommen. In Abstimmung mit den Vorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen habe ich aufgrund der neuen Prognosen vorgeschlagen, die 195 Mio. Euro des Nachtragshaushalts um weitere 30 Mio. aufzustocken.

5. Im Bund müssen endlich Weichen gestellt werden

Sehr geehrte Herren und Damen,

die Bundesregierung hat Anfang des Monats entschieden, Tausenden Flüchtlingen, die in Ungarn unter unwürdigen Bedingungen ausharrten, die Reise nach Deutsch-

Sperrfrist: Beginn der Rede

land zu erlauben. Ich sage: **Diese Entscheidung war und ist aus humanitärer Sicht richtig.** Deutschland konnte Menschen helfen und Deutschland hat Menschen geholfen.

Seit dieser Entscheidung hat sich die Grundlage der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verändert. Einerseits hat die Bundeskanzlerin ein richtiges Signal gesendet und menschlich gehandelt. Andererseits hat die Bundesregierung erst vergangene Woche erste Vorschläge zur Unterstützung bei Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen unterbreitet. Die 40.000 Erstaufnahmeplätze in Bundesregierung sind ein wichtiger Schritt. Sie werden aber bei weitem nicht ausreichen, sie werden uns nur etwas Luft verschaffen.

Ich kritisiere nicht die Haltung der Bundeskanzlerin zur Aufnahme, das ist auch meine Haltung. Aber die Bundesregierung unter ihrer Führung hat die **Folgen dieser Entscheidungen nicht ausreichend bedacht** und Länder und Kommunen mit der Bewältigung weitgehend alleine gelassen. Ausdrücklich Danke sagen möchte ich aber Frau Bundesministerin von der Leyen. Auch die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr über den Kommandanten des Landeskommandos, Oberst Erwin Mattes, ist gut.

Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gibt es leider nur langsam. Dabei liegen die Probleme doch offen zutage. Morgen treffen wir uns erneut in Berlin. Ich erwarte endlich konkrete Ergebnisse und Zusagen, die auch schnell umgesetzt werden können.

Priorität Nummer 1 hat die Beschleunigung der Verfahren. Hier muss der Bund alles auf den Prüfstand stellen, um das wichtigste Ziel zu erreichen: Schnelle Klarheit darüber, welche Flüchtlinge asylberechtigt sind und somit bleiben dürfen und welche nicht. Derzeit hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 20 Entscheider in Rheinland-Pfalz. Ich wiederhole es nochmal: zwanzig. Das ist nicht akzeptabel bei etwa 5.000 neuen Flüchtlingen alleine im September und bei über 20.000 bislang in diesem Jahr. Deswegen sind Fälle wie der eines syrischen Flüchtlings nicht verwunderlich, der Anfang September zu uns gekommen ist und vom Bundesamt seinen ersten Termin zur Antragstellung im Mai 2016 bekommen hat. Dieser Fall macht auch klar, dass die langsamen Verfahren die Achillesferse in der Flüchtlingsfrage sind.

Sperrfrist: Beginn der Rede

Ich appelliere an die Bundesregierung: Werfen Sie hier endlich das Ruder herum, da war bisher zu viel Aktendeckel-Mentalität. Ich erwarte morgen konkrete Zusagen, die auch schnell umgesetzt werden!

Das zweite große Thema. Wir werden uns über Geld einigen müssen. Durch die Entscheidung der Bundesregierung sind einseitig Ländern und Kommunen Milliardenlasten auferlegt worden. Die unbearbeiteten Altfälle bringen leider dauerhaft obendrein noch Zusatzkosten.

Ich bleibe dabei, die Bundesregierung muss ihre Verabredung einhalten, sich fair, dauerhaft und dynamisch an den Kosten zu beteiligen.

Die Landesregierung macht sich für eine Pauschale pro Flüchtling stark. Die bisher angebotene pauschale Summe von 3 Milliarden Euro ist unzureichend und zeigt eine falsche Herangehensweise. Kommen mehr Flüchtlinge, muss der Bund auch mehr bezahlen.

Ich habe mit unseren kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass wir uns sofort zusammensetzen, sobald eine Vereinbarung mit dem Bund steht. Dann werden die Kommunen das Geld für ihre Leistungen schnellst möglichst erhalten.

Und da gibt es noch ein weiteres Thema, bei dem der Bund gefragt ist, bei dem er aber leider immer noch nicht gehandelt hat. **Wir müssen gerade jetzt endlich auch ernsthaft über ein Einwanderungsgesetz reden.**

Der Grund liegt auf der Hand: Es kommen gerade aus dem Westbalkan viele Menschen als Flüchtlinge zu uns in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben. Sie sind zumeist aber keine Flüchtlinge, die Anspruch auf Asyl haben. Mit einem Einwanderungsgesetz könnten wir zumindest einigen von ihnen eine Perspektive geben, die sie derzeit nicht haben.

Meine Herren und Damen,

verstehen Sie, warum manche da so zögern, wenn selbst die Spitzenvertreter der christlichen Kirchen es deutlich und schnell fordern? Ja, wir brauchen jetzt ein Einwanderungsgesetz und zwar nicht erst 2017. Es kann nicht länger sein, dass so vielen ein Asylantrag als der leichteste Weg zur Einwanderung erscheint. Und ich sage dazu, damit da keine Missverständnisse aufkommen: **Wer ein Einwanderungsgesetz will, muss sich zur Einwanderung genauso bekennen wie zu ihren Gren-**

Sperrfrist: Beginn der Rede

zen. Zu nachvollziehbaren, demokratisch zustande gekommenen, für alle transparente Möglichkeiten und Begrenzungen jenseits des Asylrechts für politisch Verfolgte. Möglichkeiten und Begrenzungen, die wir gemeinsam dann vertreten müssen. **Klarheit und Wahrheit:** Das ist auch hier wichtig. Denn was wir jetzt neu regeln, muss Bestand haben.

6. Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,

letztlich ist und bleibt die Bewältigung der Flüchtlingsfrage eine europäische Frage. **Was wir da in den vergangenen Wochen erlebt haben, war mehr als peinlich. Es war Blockadepolitik statt Solidarität und es war sehr chaotisch.** Sind wir in Europa wirklich so weit gekommen, dass alle nur noch überlegen, wie sie schwierige Themen von sich fernhalten können?

Wir erleben gerade, wie schnell es dann geht, dass selbst Kernelemente unseres europäischen Zusammenwachsens in Frage stehen. Ich spreche vom Schengen-Abkommen. Dieses **Schengen-Abkommen ist eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Union**, besonders für die Grenzregion Rheinland-Pfalz. Auch wenn ich der Entscheidung, vorübergehend im Süden wieder Grenzkontrollen durchzuführen, zugestimmt habe, so muss doch klar sein, dass sie nur vorübergehend sein können.

Heute erst, in diesen Stunden, treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs. Nach politisch verlorenen Wochen. Da hätte ich mir aus Berlin mehr Nachdruck gewünscht.

Von dem Brüsseler Gipfel heute erwarte ich, dass Europa endlich aufwacht. Dass es konkrete Schritte gibt, vor allem bei der Erstaufnahme nach dem Dublin-Verfahren, danach bei der fairen Verteilung der Menschen, ohne dass unsere europäischen Standards unterlaufen werden. Es kann nicht sein, dass derjenige, der Flüchtlinge am schlechtesten behandelt, die wenigsten Flüchtlinge aufnehmen muss.

Klar ist, dass in dieser Ausnahmesituation die **Transitländer** von Deutschland nicht alleine gelassen werden dürfen. Die EU muss außerdem eine „**Westbalkanstrategie**“ auflegen. Entwicklungschancen für diese Staaten und ihre junge Bevölkerung

Sperrfrist: Beginn der Rede

sind für die Zukunft Europas von größter Wichtigkeit. Wenn das nicht gelingt, bleibt der Migrationsdruck aus diesen Ländern dauerhaft hoch.

Ich halte es auch für dringend geboten, dass Deutschland und die europäischen Partner den nahe Syrien gelegenen größten **Flüchtlingscamps eine Soforthilfe über 1,5 Milliarden Euro** zur Verfügung stellen. Und dass die Vereinten Nationen ihren Einsatz verstärken. Die bevorstehende UN-Generalversammlung wird dafür hoffentlich neue Impulse geben. Ja, wir müssen auch dort endlich hinsehen und handeln, statt die Augen zu verschließen.

Hier in Rheinland-Pfalz, in einer Region vieler gefallener Grenzen, erleben wir tagtäglich, wie sehr uns das geeinte Europa bereichert. Aus wirtschaftlichen Gründen ganz wortwörtlich. Aber immer zugleich, weil wir die gemeinsame Wertebasis spüren. Die europäische Idee ermöglicht uns Wohlstand und Freiheit, Vielfalt und Sicherheit.

Ich bin hier ganz klar: Keiner in Europa ist nur für sich alleine da. Wir sind eine Solidargemeinschaft. Wenn diese Gemeinschaft bei der Fluchtaufnahme nicht funktioniert, dann wird sie zunehmend auch nicht mehr bei der solidarischen Umverteilung von Agrargeldern oder aus den Strukturfonds funktionieren können. Der Präsident der Europäischen Kommission hat Recht. Es gibt hier zu wenig Europa und zu wenig Union!

7. Den Zusammenhalt stärken

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

wir sollten uns keine Illusionen machen über die Größe der Herausforderung. Es wird Rückschläge geben und nicht jede Anstrengung ist bei allen populär. Aber wir können aus eigener Erfahrung sagen: Es lohnt sich für alle, weltoffen zu sein. Solidarität und Perspektive gehören zusammen. Wir praktizieren Solidarität und wir arbeiten zugleich an neuen Perspektiven für unser Land.

Ich haben Ihnen die Werte, entlang derer wir handeln, und die konkreten Maßnahmen heute dargelegt.

- Rheinland-Pfalz zeigt angesichts dieser Herausforderung Kraft und Haltung.
- Rheinland-Pfalz hat schnell gehandelt und stellt die Chancen von Integration in den Mittelpunkt.

Sperrfrist: Beginn der Rede

- Rheinland-Pfalz verfolgt dabei ein Konzept, das die Belange aller Bürgerinnen und Bürgern sieht und unsere gemeinsamen Regeln durchsetzt.
- Und: Rheinland-Pfalz fordert vom Bund und der EU, dass nun endlich auch sie entschlossen anpacken, wo das bisher fehlte.
- Von den Gipfeltreffen heute in Brüssel und morgen in Berlin erwarten wir konkrete Lösungen!

Wir sind stark gefordert - aber nicht überfordert. Weil wir engagiert zusammenarbeiten und uns in Solidarität mit der Bevölkerung sehen.

Ich danke Ihnen.